

L1 Die Krise nicht den Rechten überlassen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 12.10.2022
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

1 Wir befinden uns an einem Scheidepunkt. Am Anfang der 2020er-Jahre folgt nicht
2 mehr die eine geopolitische Notlage geduldig und mit Abstand der vorherigen,
3 sondern die Krisen fangen an sich zu überlappen. Nicht einmal 15 Jahre nach der
4 Weltwirtschaftskrise 2008 stürzte Covid-19 2020 die Welt in eine erneut
5 schwierige Situation. Lieferketten waren plötzlich unterbrochen, der
6 Einzelhandel wochenlang geschlossen und ganze Branchen wie z.B. die Club- und
7 Kulturszene wurden nachhaltig gestört. Am 24. Februar 2022 folgte daraufhin das
8 nächste weltpolitische Großereignis. Russland marschierte in die Ukraine ein und
9 startete einen Angriffskrieg in Europa. Die Auswirkungen dieses Krieges bedeuten
10 für Deutschland eine extreme Teuerung der Energiepreise und somit eine weitere
11 Welle an Verarmung und Insolvenz und all das inmitten von enormen
12 Pandemieschulden, 100 Mrd. mehr für die Bundeswehr und einem irrationalen
13 Festhalten an der Schuldenbremse. Nicht zu vergessen: Die Klimakrise findet
14 natürlich auch noch statt...

15 Die Zeit der multiplen Krisen trifft die gesamte Welt hart, wobei es jedoch
16 lokale Unterschiede in der Härte der Auswirkungen gibt. In Sachsen bzw.
17 Ostdeutschland sieht man das besonders deutlich. Hier findet man Landschaften
18 ohne zahlreiche, starke Mittelstandsfirmen. Hier haben die Kommunen eher weniger
19 Geld und die Bevölkerung ist bereits stark frustriert vom herrschenden System.
20 Im Osten gab es bereits Anfang der 90er und Ende der 2000er große Wellen an
21 Insolvenz, Rückbau und Arbeitslosigkeit. Die sächsische CDU versprach dabei noch
22 1998 blühende Landschaften, aber hinterlässt nach 30 Jahren Regierung ein
23 desaströses Ergebnis:

24 Kaputt gesparte Landstriche, Landflucht, überall mangelnde Investitionen, viel
25 zu wenig erneuerbare Energien und dazu noch eine Diversität an rechten
26 Strukturen, die sich hier nur so stark ausprägen konnten, weil das
27 Innenministerium schon länger auf dem rechten Auge blind ist. Und als wäre das
28 nicht alles schon schlimm genug führte das kollektive Staatsmisstrauen noch zur
29 höchsten relativen Covid-Todesrate in der Bundesrepublik. Dies alles sind nun
30 wirklich keine optimalen Voraussetzungen für noch eine weitere Krise.

31 **Die Lösungen kommen nicht mit dieser CDU!**

32 Es scheint klar, dass große Herausforderungen auf unser Bundesland zukommen,
33 doch leider wirkt die regierende CDU nicht bereit das Notwendige zu tun und mit
34 adäquaten Mitteln auf den Notstand zu reagieren. Das ideologisch motivierte und
35 neoliberale Festhalten an der Schuldenbremse und einer „Schwarzen Null“ findet
36 sich nämlich auch bei uns. Womöglich wird es in Anbetracht der extremen Teuerung
37 bundesweit erneut 2023 zu einer Aussetzung aller Schuldenbremsen kommen, jedoch
38 gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass Ende nächstes Jahr nicht wieder die
39 Gefahr von massiven Rückzahlungen und folglich enormen Haushaltskürzungen auf
40 uns zukommen. Die Landesregierung entzieht sich damit selbst die Grundlage für
41 Investitionen, Sozialprogramme, Auffangschirme usw., die doch so bitter nötig
42 sein werden, um die soziale Krise in Sachsen abzufedern. Und wer wird am Ende am
43 meisten davon betroffen sein? Sachsen hat mit etwa 611.000 Beschäftigten auf
44 Mindestlohnbasis einen überproportionalen hohen Niedriglohnsektor. Die
45 Mindestloohnerhöhung vom 1.10.2022 verpufft praktischen bei der momentanen
46 Inflation und es scheint kein Ende der Teuerung in Sicht. Es kann bei dieser
47 Faktenlage nicht sein, dass eine so prekäre Bevölkerung solch eine zynische
48 Finanzpolitik abbekommt.

49 Doch ist es nicht nur die Schuldenbremse, die uns Sorgen macht. Eine Kombination
50 von stark steigenden Nebenkosten *und* steigenden Mieten gefährdet tausende
51 Haushalte diesen Winter in Sachsen. Aus unserer Sicht ist ein Unding, dass es
52 auf Bundesebene noch keine Regelung bezüglich eines Mietmoratoriums gibt.
53 Wohnraum sollte ein Menschenrecht sein und Zwangsräumungen sind weder in diesem
54 Winter noch zu jedem anderen Zeitpunkt angemessen. Diese beschämenden Zustände
55 müssen aber nicht mit Bauchschmerzen ignoriert werden. Wir erhoffen uns positive
56 Gegenbeispiele von einer sächsischen Landesregierung, die sich wirklich um die
57 Menschen bei uns kümmert.

58 **Wenn man sich um den heißen Herbst nicht kümmert, dann brennt es im Winter!**

59 Große Teile der sächsischen Bevölkerung spüren bereits den Notstand.
60 Montagsdemonstrationen drehen sich nicht mehr um Corona, sondern sprechen von
61 Russland, Nord-Stream-2-Öffnen, der Gasumlage und der Inflation. Es scheint als
62 würde die Kenia-Koalition immer noch die immense Gefahr dieser Bürgerproteste
63 unterschätzen. Die Zahl der Proteste steigt stetig und auch die Anzahl der
64 Demonstrierenden wächst. Rechtsextreme sind fast immer bei diesen Aktionen dabei
65 und arbeiten sehr bewusst daran die lose Menge an Menschen mit rechten Analysen
66 auszustatten, ihnen einfache Antworten zu geben und dabei auch Russlands
67 Propaganda zu unterstützen. Der wachsende Zuspruch zur AfD in aktuellen
68 sächsischen Wahlumfragen spricht dabei deutliche Worte.

69 Die Situation ist dabei höchst dynamisch und keineswegs gewaltfrei, wie die
70 Angriffe auf linke Gegendemonstranten am 26.09 in Leipzig gezeigt haben. Bei dem
71 aktuellen Zustand der sächsischen Polizei ist es zudem keineswegs nicht
72 auszuschließen, dass es, so wie bei Corona-Protesten, zu viel geringer

73 Polizeipräsenz, keinem bis wenigen Einschreiten bei Straftaten und übermäßig
74 starker Sanktionierung von linkem Gegenprotest kommen wird. Dies sind für die
75 GRÜNE JUGEND Sachsen unzumutbare Aussichten!

76 **Für ein soziales Sachsen!**

77 Doch bei diesen gruseligen Prognosen muss es nicht bleiben! Ein besseres und
78 sozialeres Sachsen ist möglich. Die Landesregierung muss keineswegs in diesen
79 kritischen Zeiten immer und immer wieder auf die Bundesregierung verweisen.
80 Unserer Meinung nach sind keineswegs alle landesweiten Möglichkeiten
81 ausgeschöpft, um den akuten Probleme dieses Bundeslandes zu begegnen. Das Land
82 Berlin hat vor nicht allzu langer Zeit ein Mietmoratorium für alle landeseigenen
83 Wohnungen ausgesprochen und hat Energiefonds für kleine und mittelständische
84 Unternehmen in Aussicht gestellt. Betriebe können auch vom Land gerettet werden!

85 Auch ist nicht aller Protest im Freistaat Nazimüll! Leipzig hat mit seinem
86 Energiebündnis „Jetzt Reichts!“ bereits gezeigt, dass linker Sozialprotest in
87 Sachsen möglich ist. Wir glauben daran, dass unter der Schirmführung
88 progressiver Kräfte mehr und mehr Protest auf stabiler Basis entstehen kann. Die
89 Menschen haben allen Grund dazu gegen niedrige Löhne, Verarmung und eine
90 unsolidarische Energiepolitik auf die Straße zu gehen. Demonstrationen mit
91 dieser Analyse müssen dabei aber nicht Pro-Putin sein. Für uns ist klar, dass
92 aus unserer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine heraus, keine
93 Forderungen legitim sind, die mehr Geld in die Kassen von Putins
94 Kriegsmaschinerie spülen und dabei die eigene sächsische Gesellschaft spalten.
95 Eine soziale und klimaverträgliche Energieversorgung muss auch ohne russisches
96 Gas möglich sein. Egal was ein durchgedrehter Kretschmer die Tage sagt. Eine
97 menschenfeindliche Politik der sächsischen CDU und auch die Forderungen von noch
98 rechteren Akteuren sind nicht alternativlos!

99 Deswegen fordern wir:

- 100 • **Die Aussetzung der sächsischen Schuldenbremse für 2023!** Was bringt uns der
101 Schuldenabbau, wenn die Bevölkerung verarmt und die Gesellschaft sich noch
102 weiter spaltet.

- 103 • **Eine endgültige Streichung der Schuldenbremse aus der Landesverfassung!**
104 Nur so kann langfristig eine neue Finanzpolitik gestaltet werden, die
105 Sachsen wirklich in eine blühende Landschaft verwandelt.

- 106 • **Ein Mietmoratorium für alle landeseigenen Wohnungen!** Die Menschen dürfen
107 diesen Winter nicht unter noch mehr Belastungen leiden. Solidarische
108 Mietpolitik ist möglich!

- 109 • **Landeseigene Fonds zur Abfederung von Preissteigerungen!** Die Finanzierung
110 von Heizkosten sollte für landeseigene Objekte, kleine- bis mittelgroße
111 Unternehmen und auch die Bürger garantiert sein!
- 112 • **Konsequentes Vorgehen des Innenministeriums gegen rechte Strukturen!** Egal
113 ob in der Polizei oder außerhalb, Sachsen strotzt vor Nazinetzwerken und
114 ohne klare Gegenmaßnahmen wird die soziale Krise nur noch mehr Menschen in
115 diese Strukturen spülen.
- 116 • **Mehr Polizeipräsenz auf rechten Demos und Anerkennung von**
117 **antifaschistischem Protest als demokratisch und notwendig!** Es kann nicht
118 sein, dass sich sächsische Innenstädte jeden Montag in No-Go-Zonen
119 verwandeln und dabei noch Gegenprotest von der Polizei schikaniert wird.
120 Hier gibt es kein Platz für die Hufeisentheorie!

121 Wir sehen dabei die Kreisverbände von B90 / Die Grünen in der Verantwortung sich
122 mit uns an Sozial- und Gegenprotesten zu beteiligen. Die Entlastungspakete des
123 Bundes reichen keineswegs aus. Wir können nur gewinnen, wenn wir uns als
124 Jugendorganisation und Partei aus der Defensive in die Offensive begeben. Dazu
125 erwarten wir, dass der Landesverband und die Fraktion sich an die Spitze des
126 Kampfs um soziale Politik in Sachsen stellen. Die sächsische CDU besitzt eine
127 erdrückende Mehrheit in der Koalition und auf die SPD ist auch kein Verlass,
128 wenn es darum geht Kretschmer und Co. Einhalt zu gebeten. Doch es ist
129 hinzuzufügen, dass ohne den Versuch eines Kampfes wir bereits verloren haben.

130 Als GRÜNE JUGEND Sachsen stellen wir uns solidarisch hinter jeden Protest, der
131 auf Basis von Demokratie, Antifaschismus und Solidarität die momentanen Zustände
132 anprangert.

133 Für uns als gesellschaftliche Linke in Sachsen ist das unsere Chance eine
134 Bürgerbewegung zu gestalten, die die unhaltbaren Zustände eines Neoliberalismus
135 nach Christian Lindner anprangert und dabei nicht nach unten tritt. Es sind und
136 waren eindeutig nicht die Ukrainer*innen, noch die Migrant*innen oder geimpfte
137 Menschen Schuld, sondern eine unsolidarische Politik.

138 Das heißt: Wir wollen diese Krise nicht den Rechten überlassen! Wir wollen einen
139 Alternative aufzeigen und in dem Sinne hatte der Bundesverband recht, wenn er
140 fordert:

141 Solidarität statt Krisen!